

## **DPHV fordert verpflichtende Beschäftigung mit dem Grundgesetz in Lehrkräftebildung an Universitäten / Grundvoraussetzung für Demokratieverständnis / Feier zum 120-jährigen Bestehen des DPhV**

Berlin, 10.11.2023 – Der Deutsche Philologenverband (DPHV) spricht sich für eine verpflichtende inhaltliche Behandlung des Grundgesetzes in der universitären Phase der Lehrkräftebildung aus. Dies betonte die DPhV-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing im Rahmen der Feierlichkeiten zum 120-jährigen Jubiläum des Verbands. Gerichtet an alle Kultusminister und Kultusministerinnen der Länder fordert sie: „Das Grundgesetz gehört in die Lehrkräftebildung: Es muss in der universitären Phase unbedingt inhaltlich behandelt und damit neu in den Standards verankert werden! Dies kann im Rahmen der gemeinsamen Lehrkräftebildung auch nicht in das Belieben der Universitäten bzw. Wissenschaftsministerien gestellt werden!“

Nicht erst in Anbetracht der aktuellen politischen Herausforderungen seien die Grundlagen für ein umfassendes Demokratie-Verständnis bei angehenden Lehrkräften auch in der universitären Ausbildung zu verankern. Lin-Klitzing: „Rufe nach mehr ‚Demokratieerziehung‘ im Unterricht sind verständlich und nachvollziehbar, aber grundlegend wichtig ist es, den Lehramtsanwärtern und Lehramtsanwärterinnen als angehenden Beamten und Beamtinnen gleich zu Beginn des Studiums die Kenntnis und das Verstehen des Grundgesetzes zu vermitteln. Die Schule wird allerdings auch dann nicht alles zurechtrücken können, was im Rest der Gesellschaft schief läuft. Hier sind alle in der Verantwortung.“

Lin-Klitzing verwies darauf, dass vielen Lehramtsstudierenden wichtige Eckpunkte des Grundgesetzes nicht geläufig genug sind: „Das Grundgesetz ist die Grundlage unserer Haltung zu unserem Staat, die Basis für Erziehungs- und Bildungsprozesse in der Schule. Viele Lehramtsstudierende konnten sich nicht vertieft, z.B. mit den Artikeln 1, 2, 3, 6, 7 und weiteren für ihr berufliches Handeln wesentlichen grundgesetzlichen Regelungen, auseinandersetzen, eben weil sie ihnen im Studium auch nicht vermittelt werden: Uns Lehrkräften ist es eben nicht egal sein, nach welchem Regeln wir in unserem Staate leben, bilden und erziehen, sondern wir wollen unsere föderale Bildungs- und Schulpolitik im Interesse der Gesamtgesellschaft offensiv mitgestalten! Und dabei geht es sowohl um ein kundiges ‚Demokratie lehren und lernen‘ als auch um die Möglichkeit, gemeinsam ‚Demokratie zu leben‘. Dies ist in den Artikeln 1, 2, und 3 GG grundgelegt und muss nicht dauernd in Zusatzprogrammen eingefordert werden. Wir brauchen diesen gelebten gesellschaftlichen Konsens: außerhalb und innerhalb der Schule. Er muss und kann offensiv eingefordert und mutig gelebt werden!“, ist die DPhV-Bundesvorsitzende überzeugt.

Lin-Klitzing weiter: „Es geht auch um die besondere Bedeutung der im Grundgesetz verankerten Schulpflicht (Art. 7 GG), die über die Unterrichtspflicht hinausgeht, die daraus resultierende Konsequenz des Beamtenstatus für die Lehrkräfte, die im Dienst- und Treueverhältnis gegenüber ihrem Dienstherrn stehen und auf Grund der Schulpflicht nicht streiken dürfen! Ähnliches gilt für die grundgesetzlich vorgeschriebene Sicherung des Religionsunterrichts (Art. 7 GG), bei dem Staat und Kirche die gemeinsame Verantwortung tragen. Und dass es unterschiedliche Erziehungs- und Bildungsaufträge in den Bundesländern (Art. 20 und 30 GG) gibt, mit denen man sich beschäftigen sollte, bevor man sich später in einem Bundesland bewirbt: All dies ist den Studierenden oft nicht bewusst!“

Dies könne gut und konkret umgesetzt werden, da die Lehramtsstudierenden in der Lehrkräftebildung an der Universität sowohl ihre Lehramtsfächer als auch begleitend Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften

studierten. Das Grundgesetz gehöre in die Phase der vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung an der Universität und könne z.B. auch im Rahmen eines Studium generale verpflichtend angeboten werden, so Linklitzing.

Zum Festakt „120 Jahre Deutscher Philologenverband“ am Freitagvormittag werden u.a. Schleswig-Holsteins Kultusministerin Karin Prien und der ehemalige Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. Peter-André Alt, in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sprechen. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Was die Welt im Innersten zusammenhält – Fachlichkeit und Komplexität als Elemente gymnasialer Bildung“.

Frei verfügbare Bilder zur Veranstaltung finden Sie ab Freitagnachmittag unter diesem Link: <https://www.picdrop.com/marlenegawrisch/fd3F7MiHwb>  
(Credit: DPhV/Marlene Gawrisch bzw. DPhV/Thomas Langer)

Der **Deutsche Philologenverband (DPhV)** ist die Dachorganisation der Philologenverbände der Bundesländer. Die Mitglieder sind Lehrkräfte an Gymnasien und anderen Bildungseinrichtungen, die zum Abitur führen, sowie Lehrbeauftragte an den Hochschulen, vornehmlich in der Lehrerbildung. Der Verband wurde 1903 in Halle gegründet und organisiert zurzeit 90.000 Einzelmitglieder in 15 Landesverbänden. Er unterstützt die Zusammenarbeit mit Lehrerverbänden im In- und Ausland und ist Mitglied im „dbb beamtenbund und tarifunion“ und im Deutschen Lehrerverband (DL).